

F-14-Jagdflugzeug auf der „USS Enterprise“ im Persischen Golf, Hilfslieferung für Afghanistan: „Großer Gott, gib mir seelische Kraft“

ALLIANZEN

Rosinen statt Bomben

Um widerstrebende Partner im Mittleren Osten zu beruhigen, liefert Washington erst mal Hilfsgüter ins kriegsgeschundene Afghanistan – ehe die Terroristenjagd mit Bomben und Raketen beginnt. Doch das Bündnis gegen den Terrorismus wirkt brüchig.

Sternenbanner brannten jeden Tag zwischen Quetta und Peschawar – aber nie der Union Jack. Hinter der Flagge, die einst hochmütig über der riesigen Kolonie Britisch-Indien wehte, konnte Tony Blair am vergangenen Freitag unbesorgt im vornehmen Bentley in Pakistans Hauptstadt Islamabad einfahren.

Bei jedem amerikanischen Besucher hätte auch ein massives Aufgebot von Polizei und Militär die Hassausbrüche und den Massenaufbruch der radikalen Islamisten kaum bezähmen können; beim Premierminister Großbritanniens reichte ein simples Demonstrationsverbot, um den Landfrieden zu wahren.

Vor der Lal Masjid, der abscheulich modernen Roten Moschee in der pakistanischen Hauptstadt, wurden unmittelbar vor der Landung des Briten noch Flugblätter verteilt mit dem Stoßgebet: „Großer Gott, gib mir seelische Kraft, damit ich mich würdig dem Befehl Osama Bin Ladens unterstellen kann.“ Die fromme Bot-

schaft weckte indessen bei den Gläubigen zunächst keine Bereitschaft, die Mission des Premiers der einstigen Kolonialmacht zu stören. Wie kein anderer Regierungschef der Anti-Terror-Koalition hat Tony Blair das pakistanische Militärgime beschworen, US-Beweismaterial gegen den ausgebürgerten saudi-arabischen Terroristenführer mit afghanischem Wohnsitz endlich als „zwingende Evidenz“ zu akzeptieren.

In Etappen ist das gelungen. Nach ihrem Gespräch ließen Blair und Pakistans Militärherrscher General Pervez Musharraf am Freitagabend keinen Zweifel daran, dass die Islamische Republik und Atommacht sich nun ohne Wenn und Aber zu der Koali-

tion bekennt, die in Afghanistan den Terroristenführer Bin Laden einfangen will – und in dem total verwüsteten Land die Machtverhältnisse zu ändern sucht, die Bin Ladens Terrornetz al-Qaida bisher eine Basis geboten haben. Die mittelalterliche Herrschaft der Taliban über den größten Teil Afghanistans soll gebrochen

Gast Rumsfeld, König Fahd (r.)
Führungsfiguren zittern nur





ROMEO GAGAD / DPA

werden – aber, so Blair: „Die Paschtunen müssen Bestandteil der Nachfolgelösung sein.“ Womit nichts anderes gesagt ist, als dass die Taliban selbst – sofern sie den radikalsten unter ihren Führern entsagen – an einer Übergangslösung unter der Schirmherrschaft des einstigen Königs Zahir Schah beteiligt werden sollen (siehe Seite 152).

Als moralischer Kreuzritter war Blair schon Anfang der Woche beim Labour-Parteitag in Brighton aufgaloppiert. „Aus dem Schatten des Bösen soll langwährendes Gutes entstehen“, forderte Britanniens Premier in einer Brandrede und verlangte „gezielte und angemessene“ Attacken gegen das terroristische Umfeld im islamistischen Schattenreich der Taliban. Die „Beweise“ für die Mittäterschaft Osama Bin Ladens an den Terroranschlägen von New York und Washington seien „überwältigend und unbezweifelbar“.

Blair präsentierte sich mit einem bellizistischen Eifer, als bilde das Vereinigte Königreich gleichsam die Speerspitze im globalen Feldzug gegen das mittelalterliche Böse, das sich in ebenjener Bergfeste am Hindukusch festgekrallt hatte, gegen die einst die Kolonialheere des Empire vergebens angerannt waren.

Nach diesen Fanfaren Blairs werde der erwartete Schlag gegen Afghanistan binnen Stunden erfolgen, mutmaßten Reporter des US-TV-Senders ABC. Da gerieten sie aber bei Washingtons Verteidigungsminister Donald Rumsfeld an den Falschen. Verärgert versetzte der dem feurigen Londoner Regierungschef einen Nasenstüber: „Premierminister mögen sagen, was sie

Washingtons Netz

Zuverlässige und weniger zuverlässige US-Partner innerhalb der Anti-Terror-Koalition
harter Kern

GROSSBRITANNIEN
hat schon 26 Kriegsschiffe und 24.000 Soldaten vor Ort

FRANKREICH
4000 Soldaten in Afrika und am Persischen Golf

DEUTSCHLAND
verspricht uneingeschränkte Hilfe

AUSTRALIEN
bietet Truppen, auch Spezialeinheiten

unverzichtbare Helfer

PAKISTAN*
Geheimdienste kooperieren; öffnet seinen Luftraum

RUSSLAND
siehe Pakistan

USBEKISTAN*
öffnet einen Luftstützpunkt für Rettungseinsätze

SPANIEN
logistische Hilfe

TÜRKEI
hat Nutzung seiner Flugplätze zugesagt

wichtige Stimmungsmacher

ÄGYPTEN*
kann diplomatisch helfen und gemäßigte Muslime beruhigen

SAUDI-ARABIEN*
Riad erlaubt keine Kampfeinsätze

MAROKKO
sichert Unterstützung zu

SYRIEN
Geheimdienstkooperation in Aussicht gestellt

INDIEN

*unsichere Kandidaten

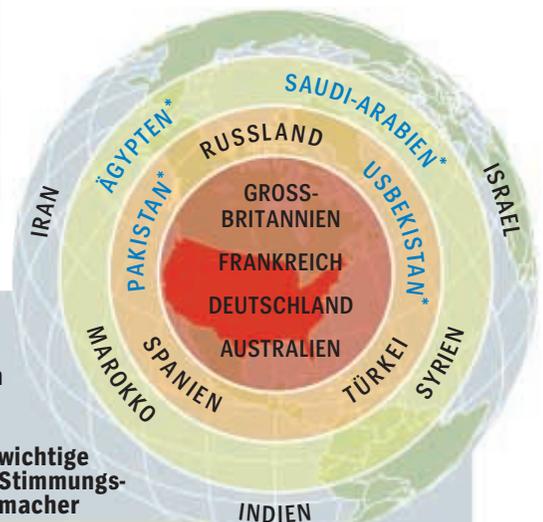
Länder mit Störpotenzial

IRAN
würde nur Aktionen der Uno mittragen

ISRAEL
darf den Nahost-Konflikt nicht eskalieren lassen

INDIEN
droht mit Verschärfung der Lage in Kaschmir

Quelle: The Wall Street Journal



wollen; ich aber muss daran denken, dass Leben auf dem Spiel stehen.“

Es war die Woche propagandistischer Verwirrspiele, hektischer Reisediplomatie, markiger Ankündigungen und des forciernten militärischen Aufmarschs. Aber es war auch die Woche des Wartens und zunehmender Irritationen. Die Strategie der ständigen Eskalation des Drucks auf Kabul schien zu wirken, erste Risse wurden bei den Taliban sichtbar.

Zur psychologischen Kriegsführung gehörte auch, dass die darabende Bevölkerung der afghanischen Hauptstadt vor einem

den entfernt von ihren längst festgelegten Angriffszielen in Afghanistan: Kasernen, Bunker, Ausbildungslager der Taliban sowie Camps ihres „heiligen Gastes“ Osama Bin Laden.

Rund 350 Kampfflugzeuge sind bereit zum ersten Feindflug im Krieg gegen den Terror. Zehntausende Soldaten wurden mobilisiert, um Amerikas Staatsfeind Nummer eins zu jagen, zu fassen oder – wenn nötig – umzubringen.

Doch bis zum Wochenende klappte eine gefährliche Lücke in diesem Militäraufmarsch, einem der gewaltigsten, den die

Welt erlebt hat, seit der alliierte „Wüstensturm“ vor gut zehn Jahren den irakischen Diktator Saddam Hussein aus Kuwait vertrieb.

Doch am Freitag war der Belagerungsring um Afghanistan noch immer nicht geschlossen. Die globale Allianz gegen den Terror drohte zu zerbröseln, noch ehe sie sich zu einem aktionsfähigen Bündnis formiert hatte. Mit Blitzbesuchen bemühte sich US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, wackelnde Kandidaten der geplanten Allianz wieder zurückzubringen auf den Kurs der Anti-Terror-Koalition.

Unversehens waren nämlich „Stolpersteine“, so ein hoher Pentagon-Beamter, aufgetaucht. Ausgerechnet Amerikas wichtigste Verbündete im Nahen Osten sträubten sich gegen Angriffe von ihrem Territorium auf einen islamischen Bruderstaat.

westeuropäische Botschafter vor Ort registriert haben, die Führungsfiguren der Monarchie „zittern nur noch“.

Für viele Millionen haben die Amerikaner auf der Prince-Sultan-Air-Base bei Riad ein Kommandozentrum in die Wüste gesetzt, das, so ein Besucher, „direkt aus einem Science-Fiction-Film stammen könnte“.

Wandfüllende Leuchttafeln und Computerbildschirme, abhörsichere und störungsfreie Funkverbindungen zu Satelliten, Spionageflugzeugen, zu Truppenteilen bis hinunter zu einzelnen Soldaten und hinauf zum Oberbefehlshaber im fernen Washington – es ist alles vorhanden, was sich ein Kommandeur im Hightech-Krieg wünschen kann.

Doch benutzen dürfen die Amerikaner ihr Superzentrum wohl nicht: Zumindest öffentlich lehnten das gleich mehrere Regierungsmitglieder in Riad ausdrücklich ab.

Mindestens ebenso schmerzlich trafen die Regierung Bush Bedenken, die ausgerechnet bei ihrem engsten Verbündeten am Golf, in Oman, aufkamen. Das Sultanat an der strategisch wichtigen Straße von Hormus hat als eines der ersten Länder der Region ein Militärabkommen mit den USA unterzeichnet.

Von dort durfte Präsident Jimmy Carter 1980 seinen kläglich gescheiterten Befreiungsversuch der amerikanischen Geiseln in Teheran starten. Und im Golfkrieg, ein Jahrzehnt später, war Oman eine wichtige logistische Drehscheibe für die alliierte Befreiungsarmee.

Doch nun tut sich Sultan Kabus bin Saïd schwer mit Umfang und Ziel der amerikanischen Operationen. Der Ausfall omanischer Flugplätze wäre fatal: Nur von dort könnten landgestützte Kampfflugzeuge binnen Stunden – und das heißt, ohne aufwendige Mehrfachbetankung in der Luft – Ziele in Afghanistan erreichen.

Im Norden Afghanistans hatten die ehemaligen Sowjetrepubliken Usbekistan und Tadschikistan den USA zwar Überflugrechte eingeräumt. Auch der Einsatz von amerikanischen Bodentruppen in der Grenzregion schien bereits zum Greifen nah. Luftunterstützung für die Kämpfer der gegen Kabul vorrückenden Nordallianz galt damit ebenso als gesichert wie der Einsatz von Special Forces auf der Jagd nach Bin Laden und seinen Taliban-Helfern.

Doch dann – angeblich nur Stunden vor dem Startbefehl für die Bomber – erhob die Regierung in Duschanbe Bedenken. Auch Taschkent drängte nun plötzlich auf ein formelles Stationierungsabkommen mit



Anti-Taliban-Kämpfer der Nordallianz: Bereit zum

detailliert festgelegten Rechten und Pflichten der Gastsoldaten. „Ganz im alten Sowjetstil“, rügte ein britischer Experte, hätte Tadschikistan zunächst Zusammenarbeit versprochen, nur um im letzten Moment sagen zu können, „wir fordern noch mehr“.

Die Krisenreise von Pentagon-Chef Rumsfeld konnte die besorgten Gemüter offenbar nicht völlig beruhigen. Usbekistan wünsche keine Stationierung ausländischer Truppen, verkündete Präsident Islam Karimow nach dem Treffen mit Rumsfeld. Die Amerikaner könnten aber ein Flugfeld „für Hilfseinsätze“ nutzen.

Der Aufmarsch von mehr als 1000 US-Soldaten der 10. Gebirgsdivision aus Fort Drum (New York) in Usbekistan ging gleichwohl weiter: Offenbar konnte Rumsfeld

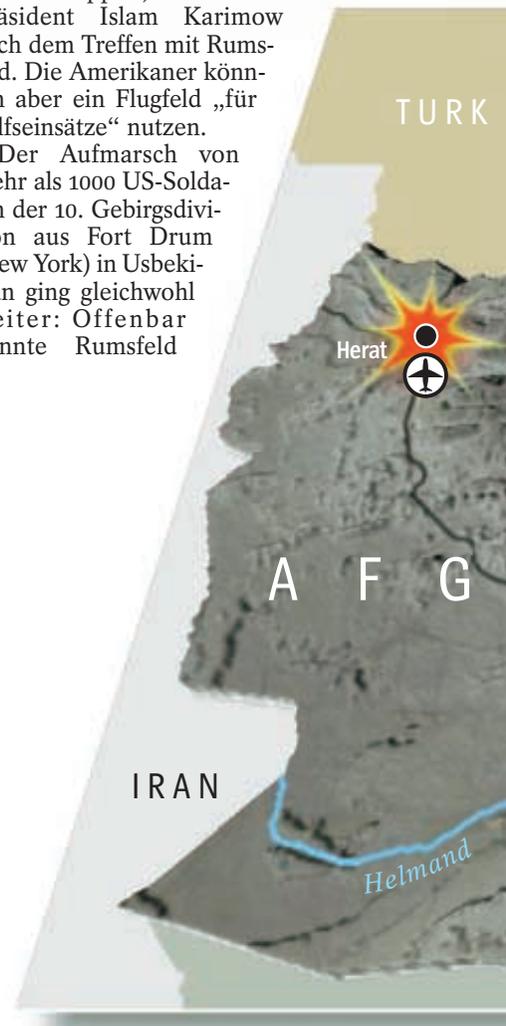


Premier Blair, Präsident Musharraf: „Zwingende Evidenz“

Rumsfeld räumte die unerwarteten Komplikationen ein: „Sie haben andere Nachbarn als wir, sie haben andere Probleme als wir.“

Überflugrechte und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit sicherte Kairo dem US-Verteidigungsminister zu, doch nicht die Nutzung von Luftstützpunkten für Bomberflüge gegen Afghanistan. Präsident Husni Mubarak, von Bush als „einer unserer wichtigsten Verbündeten“ gepriesen, hadert schon seit längerem mit Washingtons Nahost-Politik. „50 Prozent der Ursachen der Terroraktionen“, so gibt Mubarak den Amerikanern zu bedenken, seien darauf zurückzuführen, dass noch immer keine gerechte Lösung des Palästinenserproblems in Sicht sei: „Jerusalem muss den Palästinensern zurückgegeben werden.“

Auch Saudi-Arabien, Geburtsland Bin Ladens, untersagt dem amerikanischen Partner und Protektor die Nutzung seiner Flugbasen zu Einsätzen gegen das Bruderland am Hindukusch. Das Wüsten-Königreich hat Angst, von einer Terrorwelle der totgeschwiegenen islamischen Opposition überrollt zu werden. „Unter der Oberfläche spielt sich in Saudi-Arabien derzeit mehr ab als in Algerien und im Irak“, wollen





Marsch auf die Hauptstadt Kabul

FORESTIER P. / PARIS MATCH / GAMMA / STUDIO X

Afghanistan in Schwierigkeiten geraten.

Aber für einen massiven Einsatz westlicher Luftstreitkräfte und Bodenoperationen müssten die Pioniere der Gebirgsjäger noch erhebliche Vorarbeit leisten. Nahezu alles, was eine Hightech-Streitmacht benötigt, muss über weite Strecken herbeigeschafft werden: Treibstoff, Munition, Ersatzteile, Wartungsgerät, Computer für die Systemanalyse und die Einsatzplanung.

Selbst die Rollbahnen, bislang vorwiegend von robusten russischen Transportmaschinen benutzt, müssten für Starts und Landungen amerikanischer Hochleistungs-Jets überholt werden. All diese Installationen bedürfen militärischen Schutzes – auch das eine Aufgabe für die Jäger der 10. Gebirgsdivision.

Und schließlich ist diese für den Kampf in unwegsamen Bergregionen trainierte Truppe aus einem weiteren Grund unverzichtbar: Sie muss in Not geratene Kommandos

herauspakken, die sich auf die Jagd nach Bin Laden begeben. Ohne eine solche Hilfstruppe droht jeder Vorstoß von Sondereinheiten hinter die feindlichen Linien als Himmelfahrtskommando zu enden.

Die Zweifel der wankelmütigen Bundesgenossen gründeten auch in dem nicht enden wollenden Streit, der in Washington über Umfang und Ziele einer Militäroperation geführt wird.

Aus Mangel an Alternativen hat sich Bush zum Langmut durchgerungen. Der Präsident folgt derzeit der Argumentation seines Außenministers Colin Powell, der von jeher zum behutsamen Einsatz der imposanten amerikanischen Militärmaschine geraten hat, ein Advokat gleichsam der terroristischen Akupunktur.

Der ehemalige Vier-Sterne-General gehört zur Generation der Vietnam-Veteranen. Er hat aus dem schmutzigen, moralisch verheerenden Feldzug die Konsequenz gezogen, dass Krieg nur das letzte unter einer Vielzahl von Mitteln sein darf.

Deshalb ist er unablässig dabei, Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus zu sammeln, und stört sich nicht an der widersprüchlichen Vielfalt seiner Allianz. Schon aus völkerrechtlichen Gründen bestand das State Department darauf, sogar

den Sturz der Taliban als Ziel aufzugeben.

Die Pentagon-Kamarilla um Rumsfeld und dessen



seinen Gastgeber Karimow dazu bewegen, „Hilfe“ sehr großzügig ausulegen.

Die Gebirgsjäger, denen Rumsfeld den Weg bahnte, sind nicht die ersten GIs in Zentralasien. Seit zwei Wochen belauschen Vorauskommandos bereits an den Grenzen zu Afghanistan mit Richtantennen den Funkverkehr der Taliban. Auch Peilsender wurden installiert, die US-Piloten den Weg zu usbekischen und tadschikischen Notlandeplätzen weisen sollen, falls sie über

Tod im Schwarzen Meer

Brachte ein Fehlschuss ukrainischer Militärs die in Tel Aviv gestartete russische Tupolew zum Absturz?

Am Sukkot, dem Laubhüttenfest, feiern gläubige Juden ihre Ahnen, die das Rote Meer durchquerten. Die Vorfahren tauschten, in alttestamentarischer Zeit, die Fleischtöpfe Ägyptens gegen ein mühseliges Dasein in der Wüste, und sie tauschten die Sklaverei unter den Pharaonen gegen ein armes, aber freies Leben.

Die meisten Passagiere des Charterflugs SBI 1812 von Tel Aviv nach Nowosibirsk waren in Israel lebende Emigranten aus Russland. Sie wollten nach Sibirien, um in der alten Heimat das Sukkot-Fest zu begehen und der biblischen Durchquerung des Roten Meeres zu gedenken – sie fanden, am vorigen Donnerstag, ihr Grab im Schwarzen Meer.

Um 11.44 Uhr MESZ explodierte die Tupolew Tu-154 über dem Wasser. Alle 66 Passagiere und 11 Crew-Mitglieder kamen ums Leben. Und kaum war der Absturz publik, da kursierten abenteuerliche Spekulationen – bei naturgemäß dürftiger Beweislage.

Hatte wieder einmal die Tupolew-Technik versagt? Oder die Wartung? Der Pilot? Der Jet war zehn Jahre alt und zuletzt vor zwei Jahren gründlich überholt worden. Diese These war weder zu erhärten noch zu widerlegen.

War der Ukraine ein peinliches Versehen unterlaufen? Zur Zeit des Unglücks, exakt bis 12.30 Uhr, erprobten ihre Streitkräfte von der Küste aus Flugabwehrraketen: Boden-Flak, auch Marine und hochmoderne MiG-29-Jäger feuerten auf ferngelenkte Attrappen. Kiew dementierte.

Das Militär habe ohne Fehlschuss innerhalb einer 40 Kilometer breiten Küstenzone geschossen, hieß es. Die beste ukrainische Boden-Luft-Rakete SA-5 (Nato-Kürzel: „Gammon“) hat eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern, der Absturz der Tupolew geschah aber 185 Kilometer südwestlich von Sotschi – also fast 400 Kilometer von der Krim und 320 Kilometer vom Manövergebiet entfernt, mithin außerhalb der kritischen Distanz.

Waren wieder Terroristen am Werk? Russlands Präsident Wladimir Putin, der in Sotschi seinen Sommersitz hat, mochte einen „Terrorakt“ nicht ausschließen, ebenso wenig die Israelis, deren Sicherheitsvorkehrungen eine

Bombe an Bord jedoch höchst unwahrscheinlich machen.

Putin hielt auch Tschetschenen für mögliche Hintermänner. Sein Ultimatum an die Aufständischen, binnen 72 Stunden alle Waffen und „Bandenführer“ auszuliefern, war ohne Folgen geblieben. Überraschend griff er zu diplomatischen Mitteln: Sein Sprecher Sergej Jastrschembski rief zum Dialog mit „Vertretern der gemäßigten Kräfte“ wie Tschetschenen-Präsident Aslan Maschadow, einem Gegner der Taliban. Und dessen Vertrauter Achmed Sakajew sondierte per Telefon beim Generalgouverneur Wiktor Kasanzew.

Extremistische Freischärler wie der Geiselnahmer Schamil Bassajew fürchten, der russische Präsident wolle mit Scheinverhandlungen den Widerstand spalten. Aber konnten Killer in ihrem



Jet-Trümmer*,
Tupolew Tu-154
Zu hoch für Raketen
der Taliban

Auftrag, etwa von einem Boot aus, die Tupolew abschießen? Stinger-Raketen der Taliban reichen drei Kilometer weit. Der Unglücksjet flog elf Kilometer hoch.

Des Rätsels Lösung liegt, wie sich am Freitagabend herausstellte, möglicherweise doch in Kiew: Während das Verteidigungsministerium noch an seinem Dementi festhielt, schloss der ukrainische Premier Anatolij Kinach einen Fehlschuss nicht mehr aus.

* Im Hafen von Sotschi am vorigen Freitag.

Vize Paul Wolfowitz sieht die Sache ganz anders. Aus ihrer Sicht ist der Krieg ein legitimes Mittel, das eigentlich keinen Aufschub verdient. Für sie ist die Taliban-Regierung eine Petitesse und anderes von größerer Bedeutung: der Irak etwa und der seit dem Golfkrieg 1991 unerledigte Fall Saddam Hussein. Dass der noch immer in Bagdad herrschen darf, macht Wolfowitz vor allem Powell zum ständigen Vorwurf, denn der seinerzeitige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs befürwortete damals ein rasches Kriegsende, anstatt die alliierten Truppen nach Bagdad marschieren zu lassen.

In Bushs Kriegskabinett sind die Gegensätze zwischen Außenministerium und Verteidigungsministerium latent gegenwärtig. Da der Präsident aber auf Powells Seite steht, hat die Koalitionsbildung Vorrang. Jedenfalls bislang, aber das kann sich schnell ändern.

Denn noch immer plädiert die Kamarilla im Verteidigungsministerium für die Freiheit Amerikas zu Alleingängen. Als Wolfowitz vorletzte Woche die Verbündeten im Brüsseler Nato-Hauptquartier unterrichtete, nannte er das Ende der Taliban als Hauptziel eines Militärschlags.

Dass Ungläubige den Versuch unternehmen wollten, ein strenggläubiges Muslim-Regime zu entmachten, löste nicht nur in Pakistan, ehemals Steigbügelhalter der Taliban, blankes Entsetzen aus. Noch größer dürfte die Unruhe gewesen sein, als sich vergangene Woche herumsprach, dass das Pentagon viel weitergehende Pläne hegt.

Angesichts der Probleme mit Afghanistan, so meinten Insider, wolle die Weltmacht nun doch weltweit zuschlagen. Koordiniert mit einer russischen Offensive in Tsche-



tchenien, wollten die USA mit Bomben, Kommandoeinheiten und Raketen Terrorzentren rund um den Globus angreifen: Afghanistan wurde dabei ebenso genannt wie der Irak; Bin-Laden-Freunde unter den Warlords von Somalia sahen sich plötzlich ebenso im Visier wie islamistische Rebellen in Indonesien oder auf den Philippinen.

Wenig und schon gar nicht die Logik spricht für einen solchen Gewaltausbruch:



US-Marineinfanteristen bei einer ABC-Abwehrübung: Mit Hightech-Waffen gegen Afghanistans Steinzeitkrieger

Er würde wohl selbst die Solidarität der Nato überstrapazieren, welche die Verbündeten vergangene Woche mit der Erklärung des Bündnisfalles bekräftigten.

Geradezu erleichtert hatten die 19 Nato-Partner am Dienstag den 40-Minuten-Vortrag des US-Sonderbeauftragten für die Terrorbekämpfung, Francis Taylor, zur Kenntnis genommen. Die Schuld Bin Ladens sei hiermit bewiesen, erklärte Generalsekretär Lord Robertson. Dabei hatte der Amerikaner kaum etwas vorgetragen, was die versammelten Nato-Botschafter nicht längst aus Presse und Fernsehen kannten, merkten gleich mehrere Sitzungsteilnehmer an.

Trotz der bewiesenen Vasallentreue verzichtete Washington darauf, die Partner beim Beistandswort zu nehmen und harten Kriegeinsatz zu fordern. Stattdessen baten die Amerikaner am Tag darauf lediglich um kleinere Hilfestellungen: So sollen Nato-Flottillen Aufgaben amerikanischer Seestreitkräfte im Mittelmeer übernehmen, damit dort US-Schiffe für den Einsatz im Mittleren Osten frei werden.

Doch beim Waffengang gegen die Terroristen will sich Washington allenfalls von den Briten helfen lassen. Das Pentagon fürchtet, zu viele Alliierte würden – wie vorletztes Jahr im Kosovo-Krieg – den Entscheidungsprozess hemmen.

Um sich von unwilligen Verbündeten weitgehend unabhängig zu machen, ließen die Pentagon-Planer den Flugzeugträger „Kitty Hawk“ ohne einen Großteil seiner 72 Kampfflugzeuge vom japanischen Heimathafen Yokosuka in Richtung Krisenregion auslaufen: Bestückt mit zusätzlichen Hubschraubern und einer Besatzung von etlichen tausend Marineinfanteristen, könnte die „Kitty Hawk“ zur schwimmenden Plattform für Kommandounternehmen und sogar die Eroberung eines Luftstützpunktes etwa bei Kandahar werden.

Selbst wenn das gelingt, ist der Feldzug noch lange nicht gewonnen. In ausgedehnten Computerplanspielen werden in Camp Quantico, einem Stützpunkt der U. S. Marines nur eine Autostunde südlich von Washington, bis zu 40-mal im Jahr Kämpfe der amerikanischen Hightech-Streitkräfte durchgespielt – zunehmend gegen die Steinzeitkrieger Afghanistans.

Die Strategen des Red Teams, stets der Feind, bringen dabei ein ums andere Mal den GIs verheerende Verluste bei. Mal lassen sie einen vor Anker liegenden Flugzeugträger durch einen mit Gasflaschen beladenen Frachtkahn rammen, mal infizieren sie Flüchtlingsströme mit Pockenviren in der sicheren Erwartung, dass diese Hilfsbedürftigen früher oder später auf US-Truppen stoßen und diese so infizieren.

Sie lassen ihre Kämpfer aus versteckten Höhlen angreifen oder in dicht besiedelten

Gebieten untertauchen. Der Blutzoll, den sie dabei den Amerikanern abverlangen, ist in der Regel so hoch, dass an der Heimatfront wohl längst die Solidarität eingebrochen wäre, würde es sich um einen echten Krieg mit echten Opfern handeln. Ohnehin ist in Amerika die Angst ausgebrochen vor Bioterrorismus, vor Attacken mit Krankheitserregern, die Milzbrand, Cholera oder Pocken auslösen. Die Nachfrage nach Gasmasken ist riesig.

Dieser bedrohlichen neuen Kriegsführung wollen die Pentagon-Strategen mit ganz neuer Technologie begegnen. Etliche neuartige Sensoren sollen zum Einsatz kommen, die bislang nicht einmal ihre Erprobungsphase abgeschlossen haben.

Dass aber auch das beste Hightech-Planspiel nicht alle Möglichkeiten auslotet, belegt die Arbeit der Red Teams in Quantico. In all den Übungsjahren kam keiner der



Opfer des Bombenanschlags in Srinagar (Kaschmir): „Krieg gegen Pakistan“

Terrorstrategen je auf den Gedanken, entführte Passagierflugzeuge ins New Yorker World Trade Center zu steuern. Im Gegenteil: Die koordinierte Entführung mehrerer Passagierflugzeuge durch Terroristen wurde in einer Pentagon-Analyse nicht lange vor dem 11. September als organisatorisch zu aufwendig und daher als „unrealistische Gefahr“ eingestuft.

Mit der Rückenstärkung, die Tony Blair Pakistans Militärregime bot, dürfte die Gefahr eines Bürgerkriegs in den paschtunischen Grenzprovinzen – etwa im Gefolge militärischer Aktionen gegen die Taliban – reduziert worden sein. Doch Kriegswolken ziehen auch über einer anderen Ecke auf: Der Konflikt mit dem Erbfeind Indien über Kaschmir spitzt sich dramatisch zu.

tember zum wichtigsten amerikanischen Alliierten in der Region aufrückte.

Seit Montag ist die Stimmung aggressiv. Der sonst moderate indische Premierminister Atal Behari Vajpayee warnte US-Präsident Bush, die Geduld des indischen Volkes habe „Grenzen“. Indien fordert seit langem, dass der kaschmirische Terror, gefördert in 140 grenznahen pakistanischen Trainingscamps, ausgetrotet wird. In zwölf Jahren starben mehr als 30 000 Menschen.

Innenminister Advani verlangte die Ausweisung von Maulana Masood Azhar, des Chefs der Jaish-i-Mohammed, aus Pakistan – jenes Azhar, der im Dezember 1999 aus einem indischen Gefängnis freigelassen wurde im Austausch gegen die Passagiere einer nach Afghanistan entführten Indian-

Airlines-Maschine. Der radikale Ideologe Azhar organisierte danach in Karatschi anti-indische Demonstrationen, gründete die Jaish-i-Mohammed und blieb bis heute unbehelligt.

„Wird es nicht Zeit, einen Krieg gegen Pakistan zu führen? Worauf warten wir?“, schrie Farooq Abdullah, Chefminister des einzigen mehrheitlich muslimischen indischen Bundesstaates Jammu und Kaschmir, nachdem er die verkohlte Ruine in Srinagar besucht hatte. Es wäre der dritte Waffengang um Kaschmir in 54 Jahren.

Zumindest nach außen hin vermittelte die Führung der afghanischen Gotteskrieger, dass sie das Geschehen um sie herum mit gottbefohlener Ruhe verfolgt. In Gefechten mit der Nordallianz, so berichteten westliche Nachrichtenagenturen, hätten die Taliban Rückschläge erlitten. Kämpfe um Masar-i-Scharif und Herat wurden gemeldet, auch der Abfall prominenter Paschtunen-Führer in der Ostprovinz Paktia, die, von amerikanischen Agenten geschmiert, noch rechtzeitig den Seitenwechsel übten.

Aus Kabul wiederum hieß es: „Wir sind überall auf dem Vormarsch.“ Die Amerikaner seien „viel zu feige“, Afghanistan zu attackieren, höhnte Taliban-Chef Mullah Omar. Selbst wenn der Feind Kabul, die Städte und Flughäfen besetze, sei der Kampf keineswegs zu Ende. „Dann werden wir in die Berge gehen und neue Fronten schaffen“, gab sich der einäugige Führer der Gotteskrieger selbstbewusst, „so wie im Dschihad gegen die Kommunisten.“

Und wo steckte Amerikas Staatsfeind Nummer eins, Osama Bin Laden? „An einem sicheren Ort“, behaupteten die Taliban, und das klang fast nach Schutzhaft. Man werde ihm einen „islamischen Prozess“ machen, sollten die USA „Beweise“ für seine Terrortätigkeit vorlegen.

Das alte Spiel um Zeitgewinn? Oder suchte die Kabuler Taliban-Fraktion den Mullah von Kandahar aus-zumanövrieren und dem Vernichtungsschlag durch Opfern des Chefterroristen zu entgehen?

Ein angeblich neueres Video des arabischen Fernsehsenders Dschasira zeigte den Meistgesuchten am Freitag gelassen vor einem Bergversteck, seinen Stellvertreter, den ägyptischen Arzt Aiman al-Sawahiri, neben sich. Fragen nach seinen Überlebenschancen hatte Bin Laden in einem der letzten Interviews lächelnd abgewehrt: „Amerikaner sind Papiertiger.“

In seinem eigenen Fall dürfte er sich da wohl täuschen.

OLAF IHLAU,
SIEGSMUND VON ILSEMANN,
PADMA RAO, GERHARD SPÖRL,
CARLOS WIDMANN,
VOLKHARD WINDFUHR



Al-Qaida-Chefs al-Sawahiri, Bin Laden: „An einem sicheren Ort“

Bei einem Terroranschlag auf das Parlament in Kaschmirs Hauptstadt Srinagar starben vorigen Montag 42 Menschen, 75 wurden verletzt. Wenige Stunden nach der Explosion eines Geländewagens, den ein vierköpfiges Selbstmordkommando vor das Gebäude gesteuert hatte, bekannte sich die von Pakistan aus operierende Terrorgruppe Jaish-i-Mohammed zur Tat. Ihr Sprecher betonte, im Wagen habe auch ein pakistanischer Staatsbürger gesessen – eine gezielte Provokation angesichts der amerikanischen Bemühungen, die muslimische Nation in der Allianz gegen gewalttätige Islamisten zu verankern.

Die Atommacht Indien sah erneut ihr Misstrauen gegenüber der Atommacht Pakistan bestätigt: Seit Jahren legt sie den USA Beweise vor, dass Pakistan Terroristen für den Dschihad in der geteilten Region Kaschmir ausbildet und ausrüstet. Entsprechend groß war die Enttäuschung, als der feindliche Nachbar nach dem 11. Sep-



US-Fahndungsplakat: Zwölf meistgesuchte Terroristen